

UNITED IN A BLEAK OUTLOOK

Sorgen,
Krisenerfahrungen
und extrem rechte
Ansichten vor den
EU-Wahlen 2024

Neele Eilers
Tobias Spöri
Jan Eichhorn

Veröffentlicht im Juni 2024

© d|part. Skalitzer Straße 33, 10999 Berlin, Germany

Mit finanzieller Unterstützung der Open Society Foundation gGmbH in Kooperation mit Open Society Foundations.

Diese Publikation ist - ebenso wie ein ausführlicher Bericht - als PDF-Datei auf der Projekt-Website unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation erlaubt, allerdings nur in ihrer Gesamtheit, solange d|part genannt wird und zur Verwendung für nicht-kommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke.

Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht getrennt von der Publikation verwendet werden.

ÜBERBLICK

Unser vergleichendes Forschungsprojekt in acht EU-Mitgliedstaaten zielt darauf ab, Gemeinsamkeiten in politischen Einstellungen, materiellen Belastungen, Sorgen und Hoffnungen der EU-Bürger*innen im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 zu untersuchen. Wir werfen einen Blick darauf, wie Individuen aus unterschiedlichen sozioökonomischen Situationen die vielfältigen Krisen der letzten Jahre erlebt haben und wie diese Faktoren persönliche Lebenslagen und politischen Einstellungen prägen.

Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) 2024 steht die EU vor erheblichen Herausforderungen, darunter außenpolitische Bedrohungen, wirtschaftliche Instabilität und weit verbreitete gesellschaftliche Unsicherheiten. Im Zuge mehrerer vergangener und aktueller Krisen rückt zudem die öffentliche Meinung in der EU stärker in den Blick. Denn, extrem rechte Parteien könnten von dieser Ausgangslage profitieren, deuten die Wahlprognosen auf einen deutlichen Rechtsruck mit zunehmendem Einfluss antidemokratischer und europaskeptischer Kräfte im nächsten Europäischen Parlament hin.

d|part hat hierzu ein vergleichendes Forschungsprojekt in acht EU-Mitgliedstaaten – Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Lettland, Polen, Rumänien und Schweden – durchgeführt. Das Forschungsprojekt zielt darauf ab, Gemeinsamkeiten in politischen Einstellungen, materiellen Belastungen, Sorgen und Hoffnungen der EU-Bürger*innen im Vorfeld der EP-Wahlen 2024 zu untersuchen. Die im April 2024 durchgeführte repräsentative Umfrage wurde durch vertiefende Fokusgruppen in Deutschland und Frankreich im Januar und Februar 2024 ergänzt. Die Studie analysiert, wie Individuen aus unterschiedlichen sozioökonomischen Situationen die vielfältigen Krisen der letzten Jahre erlebt haben und wie diese Faktoren persönliche Lebenslagen und politischen Einstellungen prägen, gerade in Hinblick auf den prognostizierten Rechtsruck auf europäischer Ebene.

Unsere Ergebnisse zeigen eine weit verbreitete Unzufriedenheit der EU-Bürger*innen mit dem aktuellen Zustand von Gesellschaft und Politik sowie einen pessimistischen Blick auf die zukünftige Entwicklung des Lebensstandards in den jeweiligen Ländern. So sorgt sich ein Großteil der Menschen in der EU derzeit besonders um wirtschaftliche und soziale Themen. Unzufriedenheit mit der Bewältigung jüngster Krisen durch die nationalen Regierungen, insbesondere der Krise der Lebenshaltungskosten, ist in allen befragten EU-Mitgliedstaaten weit verbreitet. Neben der breiten Unzufriedenheit und Pessimismus weisen die Studienergebnisse zudem auf eine Normalisierung antidemokratischer Einstellungen und extrem rechter Positionen innerhalb der europäischen Gesellschaften hin. Rechtsextreme Positionen werden nicht nur breit von Anhänger*innen der extremen Rechten geteilt, sondern sind auch bis in die Mitte der europäischen Gesellschaften unter Wählenden demokratischer Parteien weit verbreitet.

Einen ausführlichen englischsprachigen Bericht gibt es auf unserer Website:

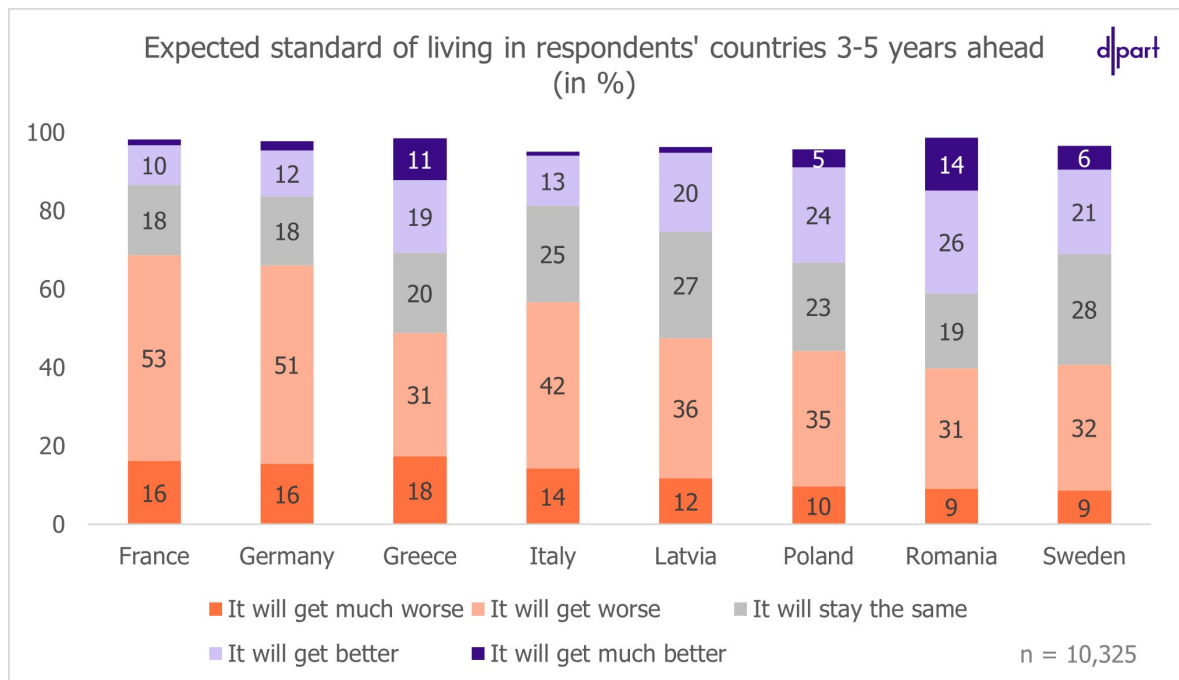
www.dpart.org/en/publications/united-in-a-bleak-outlook-concerns-crises-and-right-wing-views-ahead-of-the-2024-eu-elections

01 Weit verbreitete Unzufriedenheit mit der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage - sowohl auf nationaler als auch lokaler Ebene

Die Ergebnisse zeichnen ein beunruhigendes Bild: Über die untersuchten EU-Mitgliedsstaaten hinweg besteht eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand von Gesellschaft und Politik innerhalb der jeweiligen Länder. Wirtschaftliche und soziale Fragen bereiten den Menschen EU-übergreifend derzeit am meisten Sorgen. Themen wie wirtschaftliche Instabilität, steigende Lebenshaltungskosten, Arbeitslosigkeit und ein funktionierendes Gesundheits- und Rentensystem beschäftigen die Menschen stark. Zudem teilt ein Großteil der Befragten starke Unzufriedenheit darüber, wie die nationalen Regierungen und die EU mit den jüngsten Krisen, insbesondere der Krise der Lebenshaltungskosten, umgegangen sind.

02 Pessimistischer Blick auf die Zukunft

Noch deutlicher zeichnet sich der übergreifende pessimistische Ausblick auf die Zukunft ab: Viele EU-Bürger*innen befürchten einen Rückgang des allgemeinen Lebensstandards in ihren Ländern in den kommenden Jahren. Insbesondere in den Gründungsstaaten der EU, wie etwa Frankreich, Deutschland und Italien, ist dieser negative Ausblick besonders verbreitet. Zudem haben viele EU-Bürger*innen wenig Vertrauen in ihre Regierungen und die EU, auf derzeitige Krisen angemessen reagieren und Lösungen für die Zukunft anbieten zu können. Dieser Pessimismus erstreckt sich über alle sozio-ökonomischen Gruppen hinweg und ist auch unter finanziell abgesicherten und wohlhabenden Menschen stark verbreitet.



Graph is based on the survey question: "In your opinion, how do you think the overall standard of living in your country will develop over the next 3-5 years?"

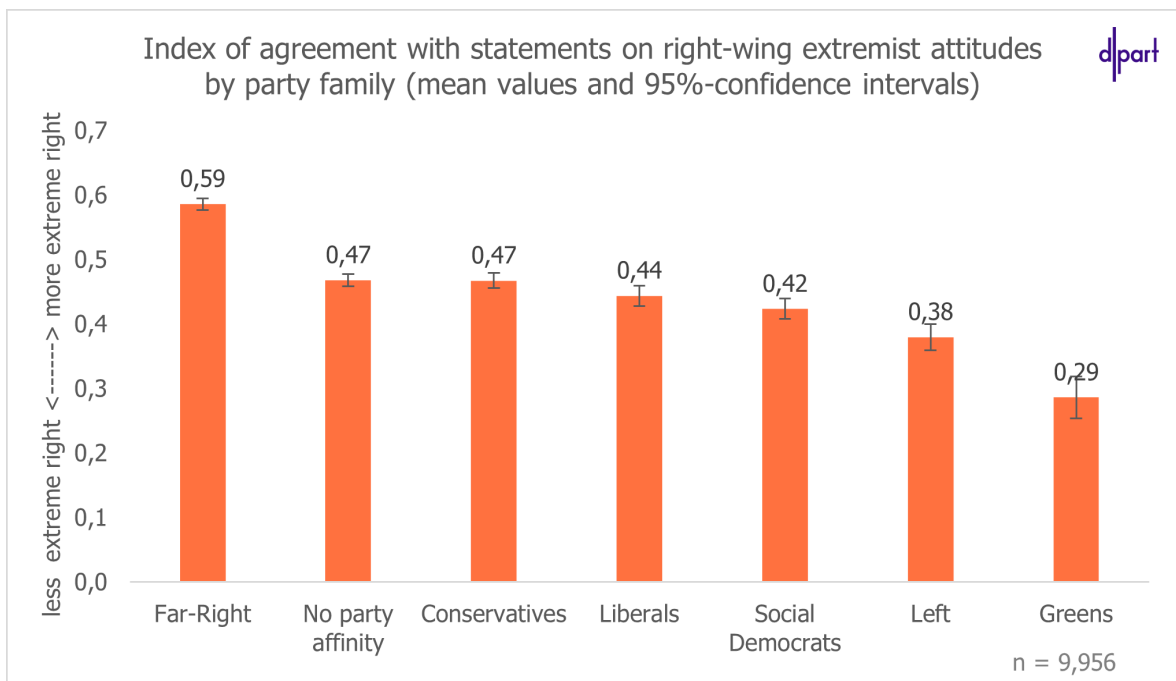
03 Extrem rechte Parteien profitieren von aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Sorgen, der pessimistische Blick in die Zukunft und gesellschaftliche Abstiegsängste verstärkt ihre Popularität

Insbesondere Menschen, die extrem rechten Parteien in den untersuchten EU-Ländern nahestehen, schauen äußerst pessimistisch in die Zukunft und sind stark desillusioniert von den bisherigen Bemühungen zur Krisenbewältigung. Dieses gesteigerte Gefühl der Unzufriedenheit und die negativen Zukunftserwartungen treffen insbesondere auf Befürworter extrem rechter Parteien in Deutschland und Frankreich zu. Neben rechten Ideologien wird wachsende Unterstützung von extrem rechten Parteien nicht nur durch derzeitige wirtschaftliche Unsicherheiten und die Wahrnehmung einer Verschlechterung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort angetrieben; vor allem auch die erhöhten Ängste vor sozialem Abstieg auf persönlicher und gesellschaftlicher Ebene, sind unter Befürwortern der extremen Rechten deutlicher verbreitet und verstärken ihre Popularität.

Bei der Zustimmung zu extrem rechten Parteien spielen selten nur die Bewertung der aktuellen persönlichen finanziellen Situation oder der sozioökonomischen Positionierung eine Rolle; vielmehr sind die pessimistischen Zukunftsaussichten und die Angst vor sozialem Abstieg zentral für die Unterstützung der extremen Rechten. Für demokratische Parteien wird es daher nicht ausreichen, sich gegen rechtsextreme Agenden zu positionieren oder den wenig populären Status quo zu verteidigen. Um einen gesellschaftlichen Rechtsruck entgegenzuwirken, gilt es für die demokratischen Parteien in der EU vielmehr, ein eigenes konstruktives Narrativ für Veränderung in der Zukunft zu entwickeln und konkrete politische Lösungen anzubieten, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene.

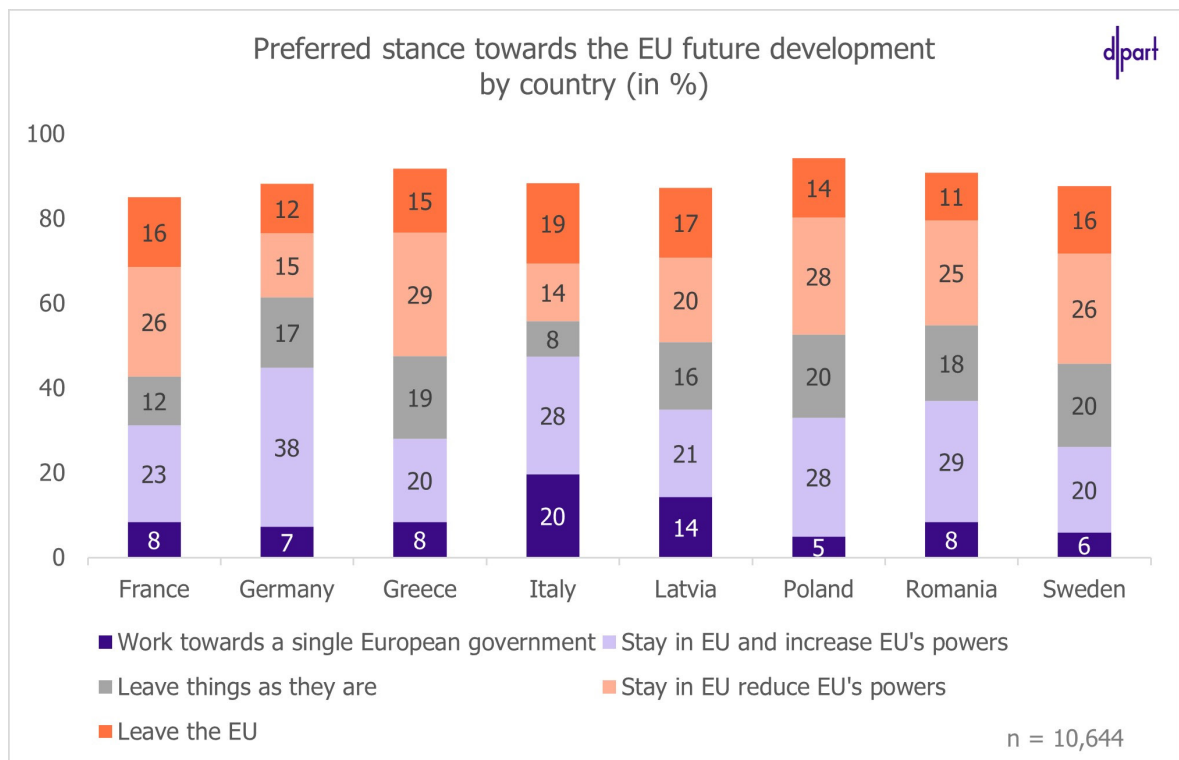
04 Rechtsextreme Einstellungen sind weit verbreitet, auch unter Befürworter*innen demokratischer Parteien. Eine weitere Normalisierung extrem rechter Narrative durch demokratische Parteien wäre hingegen ein entscheidender Fehler

Antidemokratischer Einstellungen und rechtsextremer Positionen sind darüber hinaus auch in der Mitte europäischer Gesellschaften stark verbreitet, insbesondere die Zustimmung zu Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Rechtsextreme Einstellungen sind nicht nur unter Befürwortern der extremen Rechten verbreitet, sondern werden auch von Menschen die den konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien nahe stehen in deutlichem Maße geteilt. Die zunehmende Normalisierung antidemokratischer und rechtsextremer Positionen im politischen Mainstream ist besorgniserregend. Jenseits möglicher Zugewinne rechtsextremer Parteien bei den EP-Wahlen liegt somit eine zentrale Herausforderung in der Bearbeitung des antidemokratischen und rechtsextremen Potenzials und dessen Verbreitung in den europäischen Gesellschaften. Auch falls es nicht zu einem substantziellen Rechtsruck in den Wahlen kommen sollte, sind antidemokratische Einstellungen in der Mitte der europäischen Bevölkerung weit verbreitet und bedrohen das Fundament der demokratischen und pluralistischen Gesellschaften in der EU.



05 Wahrnehmung zur EU sind gespalten: Vorstellungen zu EU-Zukunftsszenarien variieren stark

Die öffentliche Wahrnehmung der EU ist gespalten. Während viele die EU zunächst als Symbol für internationale Gemeinschaft und Vielfalt verstehen, betrachten andere sie eher als überflüssig oder unnötig. Insgesamt war die Wahrnehmung der EU nicht so negativ, wie es in öffentlichen Debatten gemeinhin angenommen wird. Auf die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der EU befürwortete jedoch nur eine kleine Minderheit, den gegenwärtigen Status quo beizubehalten oder blieb unentschieden. Die überwiegende Mehrheit der befragten EU-Bürger*innen teilt sich in zwei etwa gleich große Fraktionen: diejenigen, die eine stärkere EU und gemeinsame Institutionen in Zukunft befürworten, und diejenigen, die sich einen geringeren Einfluss der EU wünschen. Dabei zeichnen einige sogar Extremszenarien wie den Austritt ihres Landes oder die Einrichtung einer einzigen europäischen Regierung in Betracht.



Graph is based on the survey question: "Do you think [COUNTRY]'s long-term policy should be to...?".

06 Die EP-Wahlen 2024 sind für die meisten EU-Bürger*innen wichtig, etwas weniger jedoch für die Befürworter*innen extrem rechter Parteien. Sollte ein Rechtsruck bei den EP-Wahlen ausbleiben, bestehen die grundlegende Probleme jedoch weiter

Die EP-Wahlen sind für die Mehrheit der Menschen von persönlicher Bedeutung, wobei nur eine kleine Minderheit sie über die Länder hinweg für unwichtig hält. Bemerkenswert ist, dass Befürworter*innen extrem rechter Parteien die EP-Wahlen als etwas weniger bedeutend empfanden als Unterstützer*innen anderer politischer Fraktionen.

Auch wenn es bei den 2024 Wahlen zum Europäischen Parlament nicht zu dem prognostizierten Rechtsruck kommen sollte, sind antidemokratische Einstellungen und rechtsextreme Positionen in der Mitte der europäischen Gesellschaften weit verbreitet. Zudem bleiben die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Probleme weiter bestehen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit für demokratische Parteien, hierzu überzeugende Visionen für die Zukunft und konkrete politische Lösungsvorschläge anzubieten. Die Bekämpfung rechtsextremer Ideologien und antidemokratischer Einstellungen in der Gesellschaft ist darüber hinaus für die Aufrechterhaltung pluralistischer und demokratischer Grundwerte in der EU unerlässlich. Für demokratische Parteien und Regierungen in der EU gilt es daher, rechte Narrative nicht weiter zu normalisieren oder gar zu adaptieren und zudem konkrete politische Lösungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vorzuschlagen.

KURZVERSION

METHODISCHE ANMERKUNGEN

Unser Forschungsprojekt begann mit qualitativen Kleingruppeninterviews, die wir im Januar und Februar 2024 in Frankreich und Deutschland durchgeführt haben. In diesen Fokusgruppen haben wir untersucht, wie Bürger*innen intuitiv über aktuelle soziale, wirtschaftliche und politische Debatten sprechen und welche Perspektiven sie auf die EU haben. Die Erkenntnisse bildeten die Grundlage für eine umfassende quantitative Umfrage in acht EU-Mitgliedstaaten: Deutschland, Frankreich, Polen, Italien, Griechenland, Rumänien, Lettland und Schweden. Die repräsentative Umfrage wurde vom 10. April bis zum 2. Mai 2024 online durchgeführt und umfasste 10.664 qualifizierte Befragte.

Fokusgruppen

Die Fokusgruppendifkussionen sollten Aufschluss darüber geben, wie sich Menschen aus unterschiedlichen sozio-ökonomischen Situationen in Diskussionen über die EU sowie in soziale, wirtschaftliche und politische Debatten einbringen. Dazu haben wir acht explorative Fokusgruppen durchgeführt - jeweils vier in Deutschland und in Frankreich. Jede Fokusgruppe bestand aus 7 bis 8 Teilnehmenden, die nach Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Parteipräferenz und Wohnsitz (städtisch/ländlich) gemischt waren. Insgesamt nahmen 61 Personen an den acht Fokusgruppen teil. Die Diskussionen dauerten jeweils 90 Minuten.

Die Fokusgruppen in Deutschland fanden in Leipzig am 22. und 23. Januar 2024 statt und wurden in Zusammenarbeit mit Herzog + Glaser Teststudio Leipzig GmbH umgesetzt. Die Fokusgruppen in Frankreich wurden in Lyon am 07. und 08. Februar 2024 in französischer Sprache mit simultaner Übersetzung und in Zusammenarbeit mit Swiss Knife – Market Research Fieldwork durchgeführt.

Online-Umfrage

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus den Fokusgruppen sowie bestehender Forschung und Fachliteratur wurde die quantitative Umfrage entwickelt. Der Fragebogen bestand aus 66 Fragen und nahm im Durchschnitt etwa 20 Minuten zur Beantwortung in Anspruch. Die Stichprobenstrategie zielte darauf ab, eine repräsentative Auswahl der 18- bis 80-jährigen Bevölkerung in jedem Land zu erreichen. Die Online-Umfrage wurde in Zusammenarbeit mit SAGO Deutschland programmiert und durchgeführt.

Die Daten wurden über ein großes Online-Panel erhoben, bei dem ein komplexes Quotendesign und detaillierte Schichtungsvariablen verwendet wurden, um Repräsentativität in den verschiedenen Erhebungsländern zu erreichen (basierend auf aktuellen Eurostat-Statistiken). Die Quoten wurden in jedem Land so festgelegt, dass sie die allgemeinen Bevölkerungsmerkmale in Bezug auf Demografie und sozio-ökonomischen Status widerspiegeln, einschließlich Geschlecht, Altersgruppen, Regionen (NUTS 1), Einkommensbereiche und Bildungsniveaus. Um eine ausgewogene Verteilung in der Stichprobe zu gewährleisten, wurden außerdem komplexe Kreuzquoten angewendet. Um eine geringfügige Über- oder Unterrepräsentation einiger Gruppen auszugleichen und um sicherzustellen, dass die Ergebnisse repräsentativ für die nationale Bevölkerung sind, wurde zusätzlich eine leichte Gewichtung vorgenommen.

AUTOR*INNEN



NEELE EILERS

Projektleitung und Research Fellow

Neele ist Research Fellow bei d|part und leitet das aktuelle Forschungsprojekt zu politischen Einstellungen der europäischen Öffentlichkeit im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2024. Ihre Forschung konzentriert sich auf Themen der Ungleichheit, Demokratie, pluralistische Gesellschaften und antidemokratische Einstellungen, wobei sie sowohl qualitative als auch quantitative Methoden anwendet.

Neele studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Internationale Beziehungen in Berlin und London (MA) sowie in Bonn (BA). Praktische Erfahrungen hat sie durch ihre Arbeit im öffentlichen Dienst, in der Wissenschaft und bei mehreren internationalen Stiftungen und Organisationen gesammelt.



TOBIAS SPÖRI

Senior Research Fellow

Tobias forscht zu Demokratie, politischer Partizipation und politischen Einstellungen, mit besonderem Schwerpunkt auf europäischer Politik und den aktuellen Herausforderungen für die Europäische Union. An der Universität Wien promovierte er zum Thema politische Partizipation und Generationen in Mittel- und Osteuropa.

Tobias hat Politikwissenschaft in Wien (MA) und Frankfurt am Main (BA) studiert. Im Anschluss an sein Studium war er Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien und am German Marshall Fund of the United States in Washington, DC.



JAN EICHHORN

Research Director

Jan ist Mitgründer und Partner von d|part sowie Forschungsleiter des Think Tanks. In seiner Forschung arbeitet Jan sowohl mit großen repräsentativen Umfragedaten als auch mit qualitativen Methoden wie Fokusgruppen, Kleingruppeninterviews und Experteninterviews. Er arbeitet dabei häufig in vergleichenden Projekten über mehrere Länder hinweg mit den folgenden Schwerpunkten: Jugendbeteiligung, ökonomische Verständnisse sowie Dissonanzen zwischen Eliten- und Bevölkerungsperspektiven.

Neben seiner Arbeit bei d|part ist Jan auch Senior Lecturer für Sozialpolitik an der Universität von Edinburgh. Er hat einen Bachelor in integrierter Sozialwissenschaft von der Jacobs University Bremen und einen Dokortitel in Soziologie von der University of Edinburgh.

**d | part is a non-profit,
independent and non-
partisan think tank.
The focus of our work is
to research and support
different forms of political
participation.**

With our research, we seek to contribute to a democratic society in which all people can voice their opinion as well as participate and contribute to political processes. Thus, we need to better understand, strengthen, and enhance political participation.

In our work, we use evidence-based research and scientific expertise to gain new insights to inform policy and social debates and to actively disseminate to different target groups. These include state institutions, politicians, and political parties as well as civil society organisations, the media, and public administrations. Especially, we want to engage with and advocate with our research for social groups that are otherwise reached less frequently or with greater difficulty by “the politics”.

We have particular expertise in working on the participation of social groups that are often politically underrepresented. As such, we focus on addressing and enhancing the political participation of young people, people with migration biographies, and people with lower socio-economic status.

CONTACT

LEA GRONENBERG

Head of Communications

l.gronenberg@dpert.org

+49 15566 917551

d | part

Forschung für politische Partizipation
gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)

www.dpart.org

[linkedin.com/company/dpart-think-tank](https://www.linkedin.com/company/dpart-think-tank)

x.com/d_part

bsky.app/profile/dpart.bsky.social

Skalitzer Str. 33

10999 Berlin

Represented by CEO Dr. Jan Eichhorn and CEO Dr. Götz Harald Frommholz

dpert is registered at the register court Berlin Charlottenburg,
register number HRB 155764 B, VAT ID: DE293672192